

Plauer Resolution

„Zukunftsvertrag für kommunale Selbstverwaltung“

1. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der diesjährigen Bürgermeisterkonferenz des „kommunalpolitischen forums MV“ betrachten die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung und die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge in unserem Bundesland mit großer **Sorge**. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und Mitglieder von Gemeindevertretungen kündigen an, ihre Ehrenämter niederzulegen; zahlreiche Kommunen protestieren gegen die Landespolitik und organisieren Widerstand, z. B. im Aktionsbündnis gegen kommunale Schulden; kleine Gemeinden mussten vor dem Landesverfassungsgericht gegen willkürliche Benachteiligungen im Finanzausgleich gegen das Land klagen und haben Recht erhalten. Die kommunalen Spitzenverbände fordern vom Land unisono, aber bisher vergeblich eine nachhaltige Beseitigung struktureller Defizite sowie eine aufgabengerechte Finanzausstattung aller Kommunen.
2. Diese Situation duldet kein landespolitisches „weiter so“, sie erfordert vielmehr zwischen Landes- und Kommunalpolitik einen tatsächlichen **Dialog auf Augenhöhe**. Die Verantwortlichen in den Kommunen erwarten wirksame und abgestimmte Maßnahmen, damit Ehrenamt und Selbstverwaltung nicht zu einer Farce verkommen. So fordern wir eine gerechte Beteiligung aller Kommunen an den Steuermehreinnahmen des Landes. Bund und Land stehen in der Pflicht, die Basis des demokratischen Staates zu stärken.
3. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sehen sich derzeit in Mecklenburg-Vorpommern mit einer Vielzahl kommunalpolitischer „Baustellen“ konfrontiert: Schuldenbremse statt aufgabengerechter Finanzausstattung, Altfehlbetragsumlage statt Entschuldungshilfen, erneute Strukturdiskussionen ohne nachhaltige Aufgabenzuordnungen, Drängen der Rechtsaufsichtsbehörden, zur Haushaltskonsolidierung weiteres kommunales Eigentum zu privatisieren. Diese und weitere Themen bergen erhebliches Konfliktpotential für die Landes- und Gemeindeebene – vor allem dann, wenn auf eine gemeinsame Lösungssuche verzichtet würde. Es wird daher mit Nachdruck die Forderung des Landesverbandes

der LINKEN unterstützt, zwischen Kommunen bzw. kommunalen Verbänden und der Landesregierung einen **Zukunftsvertrag** zu erarbeiten und abzuschließen. Dieser Vertrag wäre geeignet, kommunalpolitische Vorhaben konzeptionell zu verknüpfen, deren Abarbeitung einvernehmlich und verbindlich im Interesse des Landes und der Kommunen zu regeln.